

Soale-Zeitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

werden die Geplante Kolonien...

Ercheint täglich pünktlich.

Redaktion und Haupt-Verwaltung...

Nr. 51.

Halle a. S., Freitag, den 31. Januar.

1913.

Die Antwortnote der Türkei.

Die Hälfte von Adrianopel soll türkisch bleiben!

Konstantinopel, 30. Jan. Heute vormittag um 11 Uhr hat der Großwesir dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Antwortnote der Türkei überreicht.

Das jungtürkische Kabinett scheint demnach von der Erkenntnis durchdrungen, daß es keinen Zweck hat, länger eifrig auf dem Besitz der Reste Adrianopel zu beharren.

Die Antwortnote der türkischen Regierung wird kein anderes historisches Merkmal haben als das einer verzweigten Spekulation!

Vorbereitung auf dem Balkan. Das könnten auch die jungtürkischen Diplomaten wissen!

Der Waffenstillstand gekündigt! W. Konstantinopel, 30. Jan. (Telegr.) Die Verbündeten haben den Waffenstillstand von heute abend 7 Uhr ab gekündigt.

Deutsches Reich.

Die Hand weg von Anatolien! Ein mutiges Wort des Herrn von Wangenheim.

Zu der in verschiedenen Blättern wiedergegebenen Meldung des „Wattin“, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Wangenheim, anlässlich der Kaiserlich-Königlichen Geburtstagsfeier der deutschen Kolonie in seiner Rede gesagt habe: „Weder jetzt noch in der Zukunft werde jemand die Hand an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen haben“...

Der Meldung, daß Rumänien von Dreibund abzuweichen wolle, wird von rumänischer Seite bestimmt widersprochen. Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen gehen sehr eifrig von statten.

Das Leuchtölgesetz in der ersten Kommission.

Die Leuchtölkommission des Reichstages kam Donnerstag zur Abmütung über den grundlegenden § 1. In einer längeren Debatte über die Organisationsfragen gaben auch die Konventionen ihre Stellung bekannt.

Bei der darauf folgenden eingehenden Abstimmung über den ersten Satz des § 1 des Gesetzes, Monopolbefugnis des Reiches für Einfuhr und Herstellung von Mineralölen, stimmte die Sozialdemokratie mit dem Zentrum gegen diesen Absatz, womit in erster Lesung der ganze Gesetzesentwurf gefallen ist.

Die Einkommensteuer für 1912.

Im Abgeordnetenhaus ist Donnerstag eine Ueberprüfung der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1912 zur Verteilung gelangt.

Die physischen Personen sind bei 6.906.497 Jeniten — mehr 3.42 v. H. — mit 293.6 Mill. M., also mit einem Mehr von 6.02 v. H., die juristischen Personen bei 10.398 Jeniten — mehr 10.77 v. H. — mit 35.5 Mill. M., also mit einem Mehr von 7.66 v. H., veranlagt worden.

Die Bevölkerungsziffer betrug 1912: 40.236.830 (im Vorjahr 39.773.029), und zwar in den Städten 19.293.097 (18.553.492). Einkommensteuer sind hieron geblieben als Exterritoriale und bezgl. 5214 (5267), als solche, deren Einkommen 900 M. nicht übersteigt, 15.999.323 (16.374.702), zusammen 6.004.537 (16.382.969), und zwar in den Städten 5.959.074 (6.041.040).

Von den zur Einkommensteuer veranlagten 6.906.497 physischen Jeniten gehören 6.122.621 (88,65 v. H.) zur Einkommensgruppe 900—3006 M., weitere 564.877 (8,18 v. H.) zur Einkommensgruppe 3000—6500 M. (zu einem Einkommen und höher sind im ganzen 125.077 Jeniten veranlagt, d. H. 1,8 v. H.).

Zurück Strafen und Nachsteuern unter Hinzurechnung der gegen Erben festgesetzten Nachsteuern sind 1.639 Millionen Mark eingekommen.

Rali.

Die Unwahrheit einer protektionistischen Politik.

Zu dem vollständigen Abschluß des Kaisergesetzes schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus sachverständiger Feder:

„Hätte man das Spindrit ruhig in die Brüche gehen lassen, so wären in der freien Konkurrenz die Preise kräftig gesunken, aber damit wäre auch der ewige Anreiz zu den ununterbrochenen Neugründungen fortgefallen und die bestehenden Werke hätten in der Vermehrung des Absatzes einen guten Ausgleich für die niedrigeren Preise gefunden; die rein spekulativen Gründungen wären zusammengebrochen, die Kapitalriebe auf ein normales Niveau zurückgegangen — auf der Basis einer solchen Reinigung, hätte man dann in der Tat die Uebernahme der Kapitalriebe auf das Reich erwägen können, um so die nationalen Bodenpreise der Allgewinnheit zurückzugewinnen, der sie gehören. Zu einer solchen Lösung, die wirklich gelöst hätte, ist es leider nicht gekommen. Ihr widerstrebten die großen Finanzinteressen in der Kapitalindustrie, die mit reichlichem nationalem Pathos von Reiches Hilfe in ihrer selbstverschuldeten Not forderten, ihr widerstrebten auch diejenigen Bundesstaaten (vor allem Preußen), die eigene Kapitalriebe besitzen und deren Rente nicht gefährden wollten. Diese Interessen fanden Hilfe bei der Rechten und im Zentrum, wirkungsvoll unterstützt vom Bunde der Landwirte, der sich selbst einen eigenen umfangreichen Kolonnen mit großen Kosten gebaut hatte und der deshalb unerschrocken für hohe Kapitalriebe eintrat, in der sicheren Hoffnung, daß seine activen Anhänger ihm auch diese Preisgabe ihrer Bedürfnisse nicht anrechnen würden.“

Das Gesetz, das so zustande kam, trug deshalb das Motto: „Es ist verboten, die Preise zu drücken.“ Jedes Werk bekam eine bestimmte Beteiligungsziffer, deren Ueberzahlung mit schweren Strafbahndlungen bestraft wurde — das among auch die Ueberziehenden in den Spindrit. Und die Preise wurden durch das Gesetz festgelegt, als Höchstpreise für das Inland und zugleich als Mindestpreise für das Ausland — sie waren zwar angeblich sehr Prozent niedriger als bisher, aber in Wirklichkeit waren sie nach wie vor enorm hoch, da das Spindrit vor dem Erlaß des Gesetzes seine Preise noch etwa erhöht hatte, um einen bequemen Spielraum zum Abhandeln zu haben! Alles also, was bisher die Krisis verschärft hatte, war nicht beseitigt, sondern umgekehrt verschärft: jedes neue Werk sah jetzt eine staatlich garantierte Rente und einen staatlichen garantierten Absatz vor sich. Und die Folge ist gewesen, daß die spekulativen Neugründungen weit über den tatsächlichen Bedarf hinaus, die man hätte einschränken wollen, nun erst recht üppig ins Kraut schießen.

Was nun? Die hüllige Aufhebung des Gesetzes, die wenigstens klare, natürliche Verhältnisse schaffen würde, wäre wahrscheinlich auch jetzt noch das Geheißte. Aber dazu werden sich die Väter des Gesetzes, die für die dann kommenden schmerzlichen finanziellen Einbußen in der Verantwortung zu tragen hätten, wohl kaum entschließen. So sollte man wenigstens jetzt das tun, was man 1910 schon hätte tun müssen: man sollte die Preise ganz energisch herabsetzen, wozu die Ende 1912 fällige Neueinführung der Preise die Möglichkeit gibt. Das wäre ein Nutzen für die deutsche Landwirtschaft und es wäre zugleich eine Abstraktion für diejenigen, die auch jetzt noch immer neue Schachtlagen niederbringen. Regierung und Mehrheitsparteien scheinen freilich auch das nicht zu wollen. Geplant ist ansehend nur eine Erhöhung der Förderabgabe von 60 auf 120 Pfennig pro Doppelcentner reines Rali, wozu dann vielleicht drei Viertel in die Reichs-kasse fließen würden, die jetzt — noch niemals hat man wohl so wie hier ein Monopol direkt erwirkt — völlig leer ausgeht. Und geplant sind gewisse Erhöhungen für die neuen Werke. Wir fürchten, daß das schließlich eine entgegengesetzte Hilfe bringen wird.

Die Konferenz zur Ermittlung der Faktoren, die für die Preisbildung nach dem Fleischmarkt maßgebend sind, trat Donnerstag nach einmonatiger Pause im Reichstagsgebäude wieder zusammen. Den Vorsitz führte Staatssekretär Debes. Zur Berichterstattung über das Ergebnis dieser Ermittlungen gelangte die Gruppe A, das ist Berlin und der mit Berlin verknüpfte Vertriebskreis. Die Resultate der Ermittlungen gaben Anlaß zu erneuten Anfragen und

weil die Wohnräume dann viel intensiver ist. Deshalb sind hier gerade im Interesse der Kreisbewirtschaftung gegen den Antrag die Vorarbeiten auf alle Gemeinden auszuweiten. Auch den Antrag auf Aufhebung der Futtermittelpolitik lehnen wir ab. Die Höhe wird zu unbedeutend, das für den Preis gar nicht ins Gewicht fallen. Die Zölle betragen 67% Millionen, deren Fortfall nur dem Ausland zu gut käme, während wir für andere Erzeugnisse zahlen müssen. Die Preise aber würden dadurch nicht herabsetzen. (Zuruf links: Die öffentliche Logik!) Wenn Jönen das unglücklich erweist, dann sagen Sie mir, warum das Ausland so auf Durchführung der Zölle dringt. Wir glauben, durch die Ablehnung aller Handelsverträge der Gesamtheit am besten zu dienen. Die Handelsverträge sollen ja wohl auch nur Merkmale für die Antriebskräfte werden.

Espräsident Dr. Weische teilt mit, daß auf Antrag des Hrn. B. Schöberl (W.) die Abstimmung über den fortgeschrittenen Antrag auf Aufhebung der Futtermittelpolitik gamentlich sein wird.

Hr. Dr. Wittner (M.):

Die in Frage stehenden Bestimmungen sind für unsere Welt an geeignet, unsere ganze Wirtschaftspolitik zu durchdringen. Deshalb können wir nicht für ihre Verlängerung, wie die Anträge es begehren, stimmen. Die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit hat sich durchaus bewährt, und wir haben im Hinblick, davon abzugehen. Unter dieser Wirtschaftspolitik stehen die deutsche Hausindustrie auf 20 Milliarden gestiegen. Die Industrie hat sich in allen ihren Zweigen einwärts entwickelt, die Arbeitslosigkeit hat sich vermindert und die Arbeiterlöhne sind erheblich gestiegen. (Aachen den den Weg.) Es ist unmöglich, Sozialpolitik zu treiben in einem Freihandelsstand. Wenn die Reichsregierung ihre Anträge mit Angriffen gegen die Anhänger der Zollpolitik begründet, dann wird sie sich damit wenig Freunde erwerben.

Man gibt sich auf trügerischen Illusionen hin, wenn man glaubt, daß das Ausland uns ausreicht mit Vieh bezogen kann. Wir können den fortgeschrittenen Antrag nicht annehmen, und lehnen auch die fortschrittlichen Anträge ab. Einer Verabschiedung der Futtermittelpolitik stehen wir vollkommen gegenüber, aber wie sind wir mit dem Zentrum der Weimarer, das jetzt der unangenehme Zeitpunkt für die Aufhebung der Futtermittelpolitik war. (Sehr richtig! bei den Reden, im Saal und rechts.) Wir lehnen sie ab auch im Interesse einer gesunden Wirtschaftspolitik. Wir wollen an der notwendigen Wirtschaftspolitik festhalten, mit allen Mitteln, die wir haben, daß der Leuten auf dem Lande durch einen Ausbau der ländlichen Sozialpolitik, der ländlichen Wohlfahrt, Hilfe geleistet wird.

Was hat eigentlich die Fleischkonvention im Reichsamt des Viehwesen erreicht. Man sollte endlich mit dieser Geheimnistuerei ein Ende machen! Was hat sie herausgefunden? Eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter münden wir nicht. Wir sind für weitere Verwirklichung der Domänen und gegen ein Übermaß von Rindfleisch. Unser wirtschaftliches Ziel ist, Deutschland zum Zustand unabhängig zu machen.

Hr. Anshut (Könl.):

Von einer Fleischkonvention kann überhaupt nicht die Rede sein. (Zuruf, Widerspruch links.) Eine Fleischkonvention ist überhaupt nicht möglich. Man sollte endlich mit dieser Geheimnistuerei ein Ende machen! Was hat sie herausgefunden? Eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter münden wir nicht. Wir sind für weitere Verwirklichung der Domänen und gegen ein Übermaß von Rindfleisch. Unser wirtschaftliches Ziel ist, Deutschland zum Zustand unabhängig zu machen.

beiden befürchten. In vielen Orten ist bereits der neue Ausbau von Kahl- und Frauenfeld zu sehen. Ich will nicht behaupten, daß das einseitige Fleisch daran schuld ist, weil sich das nicht beweisen läßt. Aber zu denken soll es doch geben. Den Antrag auf Aufhebung der Futtermittelpolitik lehnen wir ab, denn der Fortfall hat sich durch bessere Ertragsleistung der Fleischproduktion und durch bessere Ertragsleistung des Inlandsmarktes erweisen lassen. Das Vertrauen der kleinen Viehhalter darf nicht erschüttert werden. Ein Zoll auf Futtermittel betrifft eigentlich nicht, weil wir nur einen Zoll auf trockene Futtermittel, (Schäfer K. d. Weg.)

Ein normales Viehgeschäft ist unter Vorbehalt der Einfuhr. Auch die kleinen Bauern haben ein großes Interesse an der Getreidepolitik. Ebenso ist ihnen mit einer Aufhebung der sogenannten Futtermittelpolitik nicht gebiert. Der Antrag der Vollversammlung ist im höchsten Grade bauernfeindlich. Es bedrückt sehr lebhaft, daß die Namen v. Schützengüter und Kahl u. Frauenfeld in irgendwelchen Anträge sind unannehmbar. Im Interesse der Volksgesundheit muß das Fleischbehalten aufrecht erhalten werden. Wir können nicht entscheiden genug gegen die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes auszusprechen. Das einzige Verwehrsmittel erlösen wir in der Hebung der Produktion im Inland. Der Viehbestand ist in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen, was sich sehr schwerlich im Ausland beschaffen lassen. In der inneren Kolonisation haben wir ein Mittel zur Hebung der Produktion. Sie muß aus sich selbst heraus gefördert werden. Die in geschaffenen Erzeugnisse müssen aber durch eine vernünftige, nationale Wirtschaftspolitik gestützt und erhalten werden.

Hr. Anshut (W.):

Von der Kommission ist nichts Bestimmtes herausgekommen. Wir unterhalten uns eigentlich nur darüber, ob eine Fleischkonvention oder eine Fleischsteuerung besteht. Jedenfalls hat die Gesetzgebung zu prüfen, ob es bisher auf dem richtigen Wege ist oder eine Veränderung zu treffen hat. Eine Änderung hat selbst Herr Schäfer und gegeben. Wenn die Gesetzgebung eine solche Entscheidung in Bezug auf Fleischkonvention. Die Landwirtschaft muß sich auf solche Faktoren, wie unangünstiges Wetter, Äre usw. einrichten, wenn sie den getamten Fleischbedarf decken will. Dem steht aber die Zollpolitik diametral entgegen.

In dem Getreidebau hat nur der Großgrundbesitz ein verhältnismäßig großes Interesse. Wenn Äckerer und Viehhalter miteinander kollidieren, so muß der erste Schritt sein, die Futtermittelpolitik zu bejähigen. Jeder bestehende Zoll wirkt verteuert auf die Nebengebiete zurück. Das Ausland trägt den Zoll nicht, das was auch nicht die Pflicht. Man sollte endlich einmal mit der Verweigerung des Großgrundbesitzes aufhören, und an die Kleinbauern denken. Man muß mehr Anteil zum Wohnen auf dem Lande geben. Dazu muß man die Selbstverwaltung auch auf dem Lande fördern. In Nieböhlen ist sie vielfach nur eine Färcer. Ärener Kolonisation nach Möglichkeit kleiner und mittlerer Grundbesitz auf dem Lande muß vernünftig gefördert werden.

Der Fortschritt der Viehwirtschaft ist ein Ausnahmemaßnahme, denn er ist kolonialwirtschaftlich ungesund. Der Viehhalter muß in mit den Preisen unter den Einkaufspreis heruntergehen, nur um die Rindfleisch zu erhalten. Das kann natürlich jedem anderen Gewerbe aus passieren. Das ist gegen die Interessen der Mittelstände. Also auf diesem Wege ist auf die Viehwirtschaft zu verzichten. Wir können und dürfen unter keinen Umständen die Viehwirtschaft, diesen Weg noch weiter zu wandeln, den wir nur der Welt

gehörig betreten haben. Unser Antrag auf Aufhebung der Futtermittelpolitik weiß den richtigen Weg, das ist echte Fleischbauernpolitik.

Unterstaatssekretär Müller

Keine Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Es sind hier Programmpunkte, die durch den Fortschritt der Viehwirtschaft zu lösen sind. Ich wiederhole die Versicherung, darauf einzugehen. Eins muß ich aber feststellen: In den letzten dreißig Jahren haben Gemerbe Handel und Industrie einen glänzenden Aufschwung genommen, was wir es noch in seinem Lande und zu seiner Zeit zu bewahren haben. In diesem Maße ist auch die nationale Volkswirtschaft zu heilen. Auch die Lebenshaltung der minder bemittelten Klassen hat sich in erfreulicher Weise verbessert. Nicht ist unrichtiger als die Behauptung, daß auch bei diesem Geiz besonders der Großgrundbesitzer befristet werden ist. Es ist unsere künftige Sorge, gerecht für die mittleren und kleineren Viehhalter mit diesem Geiz zu sorgen. Auch in den Nachbarstaaten hat Fleischkonvention gebrüht, die sich bis zum Reichsamtgeheimrat hat.

Die Viehherden sind durch den Fortschritt der Viehwirtschaft zu lösen sind. Ich wiederhole die Versicherung, darauf einzugehen. Eins muß ich aber feststellen: In den letzten dreißig Jahren haben Gemerbe Handel und Industrie einen glänzenden Aufschwung genommen, was wir es noch in seinem Lande und zu seiner Zeit zu bewahren haben. In diesem Maße ist auch die nationale Volkswirtschaft zu heilen. Auch die Lebenshaltung der minder bemittelten Klassen hat sich in erfreulicher Weise verbessert. Nicht ist unrichtiger als die Behauptung, daß auch bei diesem Geiz besonders der Großgrundbesitzer befristet werden ist. Es ist unsere künftige Sorge, gerecht für die mittleren und kleineren Viehhalter mit diesem Geiz zu sorgen. Auch in den Nachbarstaaten hat Fleischkonvention gebrüht, die sich bis zum Reichsamtgeheimrat hat.

Die Viehherden sind durch den Fortschritt der Viehwirtschaft zu lösen sind. Ich wiederhole die Versicherung, darauf einzugehen. Eins muß ich aber feststellen: In den letzten dreißig Jahren haben Gemerbe Handel und Industrie einen glänzenden Aufschwung genommen, was wir es noch in seinem Lande und zu seiner Zeit zu bewahren haben. In diesem Maße ist auch die nationale Volkswirtschaft zu heilen. Auch die Lebenshaltung der minder bemittelten Klassen hat sich in erfreulicher Weise verbessert. Nicht ist unrichtiger als die Behauptung, daß auch bei diesem Geiz besonders der Großgrundbesitzer befristet werden ist. Es ist unsere künftige Sorge, gerecht für die mittleren und kleineren Viehhalter mit diesem Geiz zu sorgen. Auch in den Nachbarstaaten hat Fleischkonvention gebrüht, die sich bis zum Reichsamtgeheimrat hat.

Die Viehherden sind durch den Fortschritt der Viehwirtschaft zu lösen sind. Ich wiederhole die Versicherung, darauf einzugehen. Eins muß ich aber feststellen: In den letzten dreißig Jahren haben Gemerbe Handel und Industrie einen glänzenden Aufschwung genommen, was wir es noch in seinem Lande und zu seiner Zeit zu bewahren haben. In diesem Maße ist auch die nationale Volkswirtschaft zu heilen. Auch die Lebenshaltung der minder bemittelten Klassen hat sich in erfreulicher Weise verbessert. Nicht ist unrichtiger als die Behauptung, daß auch bei diesem Geiz besonders der Großgrundbesitzer befristet werden ist. Es ist unsere künftige Sorge, gerecht für die mittleren und kleineren Viehhalter mit diesem Geiz zu sorgen. Auch in den Nachbarstaaten hat Fleischkonvention gebrüht, die sich bis zum Reichsamtgeheimrat hat.

Die Viehherden sind durch den Fortschritt der Viehwirtschaft zu lösen sind. Ich wiederhole die Versicherung, darauf einzugehen. Eins muß ich aber feststellen: In den letzten dreißig Jahren haben Gemerbe Handel und Industrie einen glänzenden Aufschwung genommen, was wir es noch in seinem Lande und zu seiner Zeit zu bewahren haben. In diesem Maße ist auch die nationale Volkswirtschaft zu heilen. Auch die Lebenshaltung der minder bemittelten Klassen hat sich in erfreulicher Weise verbessert. Nicht ist unrichtiger als die Behauptung, daß auch bei diesem Geiz besonders der Großgrundbesitzer befristet werden ist. Es ist unsere künftige Sorge, gerecht für die mittleren und kleineren Viehhalter mit diesem Geiz zu sorgen. Auch in den Nachbarstaaten hat Fleischkonvention gebrüht, die sich bis zum Reichsamtgeheimrat hat.

Die Viehherden sind durch den Fortschritt der Viehwirtschaft zu lösen sind. Ich wiederhole die Versicherung, darauf einzugehen. Eins muß ich aber feststellen: In den letzten dreißig Jahren haben Gemerbe Handel und Industrie einen glänzenden Aufschwung genommen, was wir es noch in seinem Lande und zu seiner Zeit zu bewahren haben. In diesem Maße ist auch die nationale Volkswirtschaft zu heilen. Auch die Lebenshaltung der minder bemittelten Klassen hat sich in erfreulicher Weise verbessert. Nicht ist unrichtiger als die Behauptung, daß auch bei diesem Geiz besonders der Großgrundbesitzer befristet werden ist. Es ist unsere künftige Sorge, gerecht für die mittleren und kleineren Viehhalter mit diesem Geiz zu sorgen. Auch in den Nachbarstaaten hat Fleischkonvention gebrüht, die sich bis zum Reichsamtgeheimrat hat.

Halle und Umgebung.

Galle a. S., 31. Januar.

Vollversammlung der Landwirtschaftskammer.

(Fortsetzung.)

Die Versammlung wurde am Donnerstag früh 9 Uhr im großen Saale der Landwirtschaftskammer bei zahlreicher Beteiligung in Anwesenheit des Oberpräsidenten, Erz. von Bogen, Reg.-Präs. v. Gersdorff u. a. fortgesetzt.

Zunächst sprach Herr Prof. Dr. von Nathusius über die erste Rötung von Hengsten nach der neuen Anordnung, wobei er hervorhob, daß sich die deutsche Pferdezeit mehr und mehr dem Schwerpunkt jüngerer, zur Rötung in Naumburg a. S. am 20. September 1912 sind 18 Jg. Hengste (die meisten waren Wallache) erschienen. Das ist nicht gerade schön, und es ist auch bedauerlich, daß nicht weit mehr Hengste aus dem Süden der Provinz sich dort und in Genetal eingefunden hätten, was nicht nur ein besseres Material ergäbe, sondern auch die Qualität im ganzen genommen war letzterer Artvieh so hochwertig wie kaum anders, darunter jetzt, die in der Rheinprovinz usw. Championat gekämpft hätten, und diese waren noch nicht mal die besten. Der Zustand fast aller Tiere sehr gut, Fütterung und Gesamtbehandlung waren sicher recht schon gemein. Die Arbeit darf nicht mehr Selbstweid sein, sondern sie muß bedeuten, das Tier möglichst gesund und frisch zu erhalten; es darf also nicht die Spuren schwerer Arbeit tragen. Natürlich darf auch wieder nicht zuviel in Gälte gehen werden. Jedenfalls war die erste Rötung im allgemeinen sehr zufriedenstellend.

Die Landflucht in der Provinz Sachsen

behandelte dann Herr Dr. v. Mendelssohn. Sie birgt die schwersten Gefahren für uns in sich, nötig ist doch schon 50 Proz. sogar 70-80 Proz. des Arbeiterbedarfes aus dem Auslande zu holen. Dabei werden häufig Mieten gezogen. Ferner wächst die Konkurrenz von Nordamerika, Canada, Argentinien, so daß schon insolge der dort bedeutend höheren Löhne allein aus Galizien im letzten Jahre 16500 Leute weniger nach Deutschland geholt werden konnten. Dazu droht die Agrarreform in Rußland. Bisher sind 1 1/2 Millionen Personen der Landwirtschaft Anno 1912 entzogen worden. Eine Gefahr, die auch für den Staat bedenklich ist, da wir zur Deckung unserer Bedürfnisse eine starke Landwirtschaft brauchen, auch für das Militär und den Mittelstand. Die Staatsregierung bemüht sich deshalb, gemeinnützige Anstaltungen zu betreiben in jeder Weise zu fördern. Dafür sind im Etat 10 Millionen Mark ausgeworfen, und es ist auch für die Provinz Sachsen eine Anstaltungsgesellschaft zum Zwecke der Errichtung kleiner Bauernhöfen und Anstaltung von Arbeitern in Aussicht genommen. In der Provinz Sachsen übernahm nach 1871 die Bevölkerung in den Landgemeinden, jetzt hat sie das in den Städten. Um ca. 100000 Menschen hat jene abgenommen. Volksgesundheit um 1880 und die von 1910 ergeben in ihrer Gesamtheit, daß ca. 40 Proz. aller Landwirtschaften bedeutend zurückgegangen sind, nämlich von 641 810 Personen auf 565 000, also um 12 Proz. Redner schilbert diesen enormen Rückgang in Bezug auf die einzelnen Kreise. Der Durchschnitt der Bevölkerung entspricht bei uns etwa den Verhältnissen von Großpreußen, hält sich fast fern von den Extremen des Ostens. Die Vorherrschaft des landwirtschaftlichen Großbetriebes wirkt entösend, sagt Prof. Cering. Stimmt das für die Provinz Sachsen? Nein! Redner hat zur Klärung jeder infraktive Tafeln angefertigt, die allegemein Anerkennung finden und ergeben, daß die geringste Landflucht im Kreise Vertriegen besteht. In der Provinz

Sachsen herrscht nicht jene Einseitigkeit des Einzelgutes wie im Osten, sondern gemischte Güterverhältnisse, die der Landflucht ungünstiger sind. Die Ursachen der Landflucht sind aber auch hier: die Verpaftung der Ländereien an die Zuckerrübenbauer, das Braut Kadfahren in die Stadt, wo man angeblich leichtere Arbeit findet u. a. Man muß nun fragen: Können Maßnahmen der Grundbesitzverteilung der Landflucht entgegenwirken? Je stärker die Vermehrung der Kleinlandwirtschaften, um so geringer die Landflucht. Sie und die mittelbäuerlichen Betriebe halten die Ehepaare und ihre Kinder auf dem Lande fest. Also muß die Vermehrung dieser Betriebe als bestes Mittel gegen die Landflucht bezeichnet werden. 1908 erklärte sich deshalb auch schon die Landwirtschaftskammer bereit, diese begehungen zu fördern, in ein der Staatsregierung jetzt durchzuführen werden sollen. Neue selbständige bäuerliche Existenzen sollen also endlich gefördert werden. Es werden übrigens auch das beste Volkswort gegen die Sozialdemokratie bilden, wie der Sozialdemokrat Dr. Schulz selbst sagt. Zur Lösung der Landarbeiterfrage soll die Anstellung nicht allein dienen. Aber: Mehr Menschen aufs Land! Dann wird auch aus ihnen eine größere Zahl von Arbeitsträgern hervorgehen. Aus einer Auflösung der größeren Güter wird diese Neuanweisung nicht führen. Das lehrt die Geschichte. Der Großbetrieb hat also keine Veranlassung, der inneren Kolonisation mit Mikttrauen zu begegnen, wie etwa dem Gelächtsabgaben mancher gemerbmächtigen Güterhändler, die oft gefährlich wirken. Eine gemeinnützige Anstaltungsgesellschaft kann also nur begrüßt werden. Referent legt eine entsprechende Resolution vor.

Erz. v. Bogen meint, das vaterländische Interesse erfordert mit Rücksicht auf die schmerzlichen Folgen der Landflucht, daß auch in der Provinz Sachsen Maßnahmen ergriffen werden, denn auch bei uns herrscht ja ein enormer Mangel an Arbeitskräften. Galizien u. a. können doch nicht für immer und je mehr nachher die Zahl heringewandert werden, sondern der ideale und materielle Wert der eigenen Scholle müsse den Weg zur allgemeinen Hebung — auch der Fleischproduktion — bilden. Das sei auch gegen die Sozialdemokratie das Beste. Zur Vermehrung des landwirtschaftlichen Arbeiterstandes wäre es an und für sich übrigens auch recht gut, wenn die Industrie ihre Arbeiter anständig machte; denn unter den Frauen und Kindern würde sich doch manche Arbeitskraft finden für die Landwirtschaft. Die nötigen Anstalten sind leicht da, weil unsere Provinz den fürstlichen Prozentsatz für die Abwanderung nach der Dittmar stellt. Das nötige Land aber zu beschaffen, ist allerdings nicht allseitig. Aber die Möglichkeit, den Kaufpreis als bald dar auszusuchen, wird hier sehr günstig wirken. Man denke nur an die in der Provinz Brandenburg arbeitende Gesellschaft „Eigene Scholle“, die trefflich (trotz viel ungünstiger Verhältnisse) floriert. Erz. v. Bogen empfiehlt deshalb die Annahme der Resolution des Herrn Dr. v. Mendelssohn. (Beifalls Bravo.)

Herr Geheimrat v. Brand tritt ganz den Ausführungen der Redner bei. Die Resolution des Herrn Dr. v. Bogen vertritt sich über die Beschäftigung in der Provinz Sachsen bedenklich insoweit, als die Aufkaufung der größten Ländereien durch Großkapital zwecks Brauereibaugewinnung, mit welchem Vorgange die Sozialdemokratisierung jener Gegenden im Zusammenhang steht. Alle ferneren Redner sind ebenfalls der Überzeugung, daß eine Gesellschaft „Eigene Scholle“ auch für die Provinz Sachsen nur zu wünschen sei. Der Präsident hebt hervor, daß die Landwirtschaftskammer der „Eigene Scholle“ sehr sympathisch gegenübersteht. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Dr. Mendelssohnschen Resolution. Obgleich die Besitzverteilung in der Landwirtschaft der

Provinz Sachsen zurzeit nach den Ergebnissen der letzten statistischen Erhebungen als eine durchaus günstige angesehen werden kann, muß doch die Abnahme der Bevölkerung in zahlreichen ländlichen Ortschaften schwere Bedenken erregen. Abgesehen von den allgemeinen Ursachen des Abwanderns der Bevölkerung nach den großen Städten läßt sich aus der Statistik ein greifbarer Zusammenhang aus der Bodenbesitzverteilung nicht feststellen. Nur soviel geht daraus hervor, daß in den Kreisen, wo eine stärkere Vermehrung des Vorkalles und Kleinbesitzes stattgefunden hat und wo der auf die eigene Arbeitskraft gestützte bäuerliche Vieh eine größere Verbreitung erfahren hat, die Abwanderung weniger vorhanden ist.

Die Finanzverwaltung erkennt es als eine wichtige Aufgabe der Landwirtschaftskammer an, diese Fragen zu verfolgen, um ermächtigend die Vorhandlung an Maßnahmen zu treffen, die zu mehr, wie z. B. die Errichtung einer Siebengesellschaft, zur Erhaltung gesunder Besitzverhältnisse in der Provinz Sachsen geeignet erscheinen.

Die Bekämpfung der Rindertuberkulose

beprägt dann Herr Köpcke. Er schildert die Schwierigkeiten der Tuberkulosebekämpfung, die durchaus nicht die mühsenswerten Erfolge zeitigt, zumal die Fleischkonvention dringende die fortwährende Erweiterung unserer Viehzucht erfordert. Auch bedürftigen die gesetzlichen Bestimmungen einer aufschneuernde Volkshygiene aller Säuglingsmaßnahmen gerichtete Verbesserung, damit alle wirtschaftlichen Schädigungen künftig unterbleiben. Allerdings müßte er die Leistungen des bisherigen Verfahrens in ihrer Art anerkennen.

Herr Dr. Richter als Korreferent befragt den Wert des Dienstaglichen Verfahrens, das ja auch nun fastlich anerkannt ist. Nur für äußerlich fähbare Tuberkulose besteht aber leider Anzeigepflicht. — Infolge abzuwender Ursache bleibt hier bedauerlicherweise ein Teil der sehr interessanten Ausführungen unverändert. — Nach dem neuen Geheiß sind sämtliche über 6 Monate alten Kühe im Verdadestalle unterlungungspflichtig. Redner schildert dann den Hergang der Unterlungungshandlung, der manche Härten befreit. Die Rechte und Vergütungen, die das neue Gesetz den Viehhältern gewährt, bestehen in der Entschädigung für alle vor Tuberkuloseformen. Für bestmögliche Bewertung der draubaren Teile ist stets zu sorgen. Das vaterländische Institut der Landwirtschaftskammer hat durch das Gesetz eine ungeheure Steigerung seiner Arbeits- und Anstalten erfahren, so daß 10000 RM. in der Provinz Sachsen eingekauft werden müssen, um auch die Provinz Brandenburg zu erhöhen, ist Staat und Viehhalter müssen aber noch mehr beitragen. Eine entsprechende Resolution empfiehlt Herr Dr. Richter zur Annahme. Die Abschätzung des Tieres soll schon im Momente des auftretenden Verdachtes erfolgen. Die Resolution wird angenommen in folgender Fassung:

Auf Grund einer annähernd sechsjährigen Durchführung der freiwilligen Tuberkulosebekämpfung in den Viehhältern anerkannt werden.

Die Finanzverwaltung ist einverstanden, in diesem nunmehr fastlich anerkannt Tuberkulosebekämpfungserfahren ist daher allen Viehhältern dringende zu empfehlen.

Die Finanzverwaltung bittet jedoch den Herrn Landwirtschaftsminister, im Interesse einer Inzucht, einfacheren und billigeren Durchführung des Verfahrens nachstehende Wünsche einer geeigneten Berücksichtigung zu unterziehen. 1. Es sind den am bakteriologischen Institut der Landwirtschaftskammer angeheften, speziell ausgebildeten Tierärzten amtliche Befugnisse im Sinne des Gesetzes zu übertragen (Antrag Köpcke). Im Verrechnungsjahre hat jedoch nach einmaligem Tuberkulosebefund nachweis eine



zweite Probeentnahme durch den Kreisarzt zu unterbleiben.

2. Um auch die kleineren Wirtschaften mit beschränktem Stallverhältnissen der Vorteile des Tuberkuloselektionsverfahrens teilhaftig werden zu lassen, müßten im neuen Geleise den Besitzern in geeigneten Fällen weitgehende Erleichterungen in bezug auf die längere Zeit des Tuberkuloselektionsverfahrens angefohlen sein und in denen die Gewähr dafür geboten ist, daß gefährliche Ansteckungsquellen nicht vorhanden sind, von der Unterbringung der Kühe in besonderen Ställen Abstand zu nehmen.

Da die durch das neue Geleise bedingten Verpflichtungen die Durchführung des Tuberkuloselektionsverfahrens wesentlich verteuert haben, muß eine Erhöhung der Unterzuchtgebühren des Bakteriologischen Instituts der Landwirtschaftskammer von 5000 M. (Zuchtställe 1 M.) auf 1 M. (Zuchtställe 2 M.) als berechtigt anerkannt werden.

Gleichzeitig soll aber der Herr Landwirtschaftsminister um Erhöhung des Zuschusses für die Durchführung des Tuberkuloselektionsverfahrens seitens des Bakteriologischen Instituts um 5000 M. gebeten werden.

Eisenbahn-Betriebs-Inspektor Otto Reinicke f.

Aus Zuchtstellen wird uns geschrieben: Am Mittwoch verstarb Herr Otto Reinicke, der sachmännliche Begründer des modernen Eisenbahnbetriebswesens auf hiesiger Station. Im jugendlichen Alter von 24 Jahren übernahm er 1866 die Leitung der hiesigen Wagdepot-Größen-Halle-Leipzig und Halle-Kaisers Güterabfertigung, welche damals noch in den Kinderjahren stand, und verstand es, den Verkehr den geteigerten Ansprüchen gegenüber zu modernisieren und zu erweitern. Beförderungen und Ehrungen widerfahren ihm, dem vielseitigsten Organisator, seine Behörde schickte ihn sogar auf Reisen, um anderwärts Erfahrungen zu sammeln und sie der eigenen Verwaltung nutzbar zu machen. Er war ein strenger Vorgesetzter, denn nur hierdurch glaubte er der Sache, der er ganz ergeben war, am besten zu dienen.

Im Jahre 1895 bei der Reorganisation des Staatseisenbahnwesens übertrug man ihm die Leitung des neuangelegten Verkehrsamtes, welches er wiederum organisatorisch einrichtete. Bis er nach langer Dienstzeit infolge Krankheit in den Ruhestand treten mußte.

Die Saale war in diesen Tagen vollstündig und führte viel reichliches Anströmungswasser mit. Reizgelegen Stellen waren etwas überschwemmt; jetzt ist der hohe Wasserstand schon wieder zurückgegangen.

Aus der Domgemeinde. Freitag, den 7. Februar, beginnen ebenfalls 6 Uhr in unserer Gemeinde wie alljährlich die Passionsspiele. In diesem Jahre werden diese im Gemeindehaus, an A. Kausch, 12 gehalten, wozu herzlich eingeladen wird.

Stadtmission. „Du sollst nicht ehebrechen“ lautet das Thema, über das Herr Pastor Winterberg am nächsten Sonntag abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Stadtmissionshauses Weidenplan 4 sprechen wird.

Gerichtshandlungen.

Strafkammer.

Halle a. S., 30. Januar.

Der Ingenieur als Eisenbahnräuber.

(Fortsetzung.)

Im Jahre 1911, also dem der Eisenbahn Diebstähle, will er besonders viel Optum genossen haben. Gleich im Januar kaufte er 44 Pfund. Der Geldeverbrauch ließ sich auf den erstaunlichen Preis von 1500 Mark belaufen haben. „Ich befand mich schließlich in einem fortgeschrittenen Dämmerschlafzustand, weil ich ganz enorme Mengen zu mir nahm.“ Von den Zinwelen Diebstählen in den beiden D.-Zügen am 18. Novbr. und 14. Dezbr. 1911 will er „absolut gar nichts“ wissen. „Ebenso gut könnten sie mir sämtliche in der Zeit geschehenen Raubmorde nachfragen.“ Der zweite Diebstahl auf der Strecke Wittenberg-Halle wurde an einem Ehepaar Eckardt aus Baden-Baden begangen. Dieses letzte eine hohe Belohnung auf die Wiedererlangung der gestohlenen Schmuckstücke aus. Drener las die Zeitungsnachricht und will durch sie wieder daran erinnert sein, daß er eines Tages auf einem Spaziergange am Eisenbahnweg in Wittenberg ein Paket aufhebe, das aus einem Briefe des vorüberziehenden Zuges herausgeworfen wurde. „Ich habe durch den Optimumgenuß ein furchtbares schlechtes Gedächtnis.“ Er gibt zu, von den Zinwelen, die er in dem Paket fand, für 2000 Mark verpändert zu haben. Er schrieb dann an das Ehepaar einen Brief, den er aber nicht abschickte. Er versprach darin, Ertrag zu leisten und hat schließlich, ihn nicht unglücklich zu machen, da es aus denselben Gesellschaftskreisen kamme wie die Diebstähle. Von dem Eisenbahnraube selbst wisse er nichts; seine Schuld sei nur, daß er den Fund nicht sofort abgemeldet habe. Er müsse gefesselt worden sein, als er den Fund erhielt; die Brillanten hätten ihn verblendet. Seitdem habe er keine Stunde Ruhe mehr gehabt. Er zelte dann selbst nach Meran, wo sich das Ehepaar damals aufhielt. Auf seine dortige Verhaftung will er durchaus nicht gefaßt gewesen sein. Als der erste die Meinung von der Welt bin ich nach Meran gekommen. Ich dachte nicht, daß man mich dort verdächtigen würde.“ Als Motiv der Fahrt Drener nach Meran wurde vermutet, er habe sich die ausgesetzte Belohnung verdienen wollen.

Drener Hauptwirt in Groß-Wittenberg hat von besonderer Nervosität in seinem Benehmen nichts bemerkt. Nur bei einer Silberfeier sah er ihn „nicht ganz richtig“ vor. Sein Aussehen pflegte fast zu sein. Der Hauptwirt hielt einen Arbeiter für den Dieb der Glühbirne und anderer Sachen, bis die Birne und ein silbernes Zahnrädergehäuse bei Drener gefunden wurden. Drener will diese kleinen Diebstähle im Dämmerschlaf begangen haben.

Überleutnant, jetzt Rittmeister, von Kleist und seine Frau, denen am 18. November 1911 Schmuckstücke im Werte von etwa 3000 Mark im D.-Zuge zwischen Weimar und Gotha gestohlen wurden, haben von dem Diebe selbst nichts bemerkt. Zur Zeit der Tat befanden sie sich im Speisemagen und hatten ihr Reisegepäck, aus dem die Verlorenen herausgenommen wurden, in einem Abteil 1. Klasse zurückgelassen. Dem Zugsperrmann erschien ein Herr mit zottigem Gesicht, wie ihn Drener trägt, als des Diebstahls verdächtig. Er soll den Zug auffällig schnell verlassen haben. Der Zugführer glaubt in Drener, falls dieser nicht etwa, einen Doppeltgänger habe, mit Willkür den Diebstahl wiederzuerkennen. Den Kleinsten des Speisemagens sieht ebenfalls ein Herr von dem Aussehen Drener auf, weil er so häufig durch den Speisemagen ging und einen schweigen Blick hatte. Auch dem Bekanntheiten des Diebstahls war er dann verschwunden. Die Kleinsten äußerten deshalb sofort die Ver-

mutung, er werde wohl die vermissten Sachen gestohlen haben.

Das Ehepaar Eckardt ließ so wenig wie das von Kleist etwas von der Person des Diebes. Einige Tage nach der Verhaftung der zur Wiedererlangung der Juwelen ausgelegten Belohnung stellte sich bei Herrn Eckardt in Meran ein Mann ein mit der Erklärung, er wisse um den Verbleib der Schmuckstücke; ein Freund von ihm habe sie gefunden, als sie in einem Paket aus dem Fenster eines Eisenbahnzuges geworfen wurden. Wahrscheinlich habe der Dieb selbst das Paket herausgeschleudert, um es nachher in der Hoffnung, der Brief sei unbeschädigt geblieben, am Bahndamm wieder aufzuheben. Herr Eckardt ließ die Darstellung verdächtig vor. Auf seine Anzeigebrief gab der Fremde schließlich zu, er selbst sei der Finder. Er bekannte auch, daß er Morphiniker sei, und zeigte eine halb geleerte Pipette nach. Nur ein Optimumgenuß habe er sich an einem Teile der Juwelen bemerkt. Er wollte aber alles ersehen, Herr Eckardt nur der Polizei nichts melden. Frau E., die einen Teil des Gepländerten mit anhörte, hatte jedoch inzwischen bereits die Polizei benachrichtigt mit dem Ersuchen, der Mann möge doch beobachtet werden. Nach angelegten Ermittlungen schritt die Polizei zur Verhaftung des Fremden, der als Ingenieur Drener festgestellt wurde. Aus der Haft schrieb Drener an die Eheleute Eckardt einen Brief, in dem er ihnen versprach, es sei doch unrecht, daß sie ihn angezeigt hätten. Auf die ausgesetzte Belohnung war Drener übrigens in keiner Unterredung mit Herrn E. nicht zu sprechen gekommen. Die gestohlenen Juwelen folgten vor Jahren bei ihrem Einlaufe etwa 20 000 Mark; ihren jetzigen Wert schätzte Frau E., eine alte Dame, bedeutend höher. Etwa den vierten Teil der Schmuckstücke, also für umgerechnet 5000 Mark, haben die Eheleute E. nicht zurückgehalten.

Auch bei diesem zweiten Diebstahl ließ einigen vom Zugsperrmann ein Herr von ähnlichem Aussehen wie Drener als verdächtig auf. Ebenso haben der Aufseher des Speisemagens und mehrere Kleinsten einen solchen Herrn sich in auffälliger Weise hin und her bewegen und die im Speisewagen befindlichen Gäste beobachten. Nach Entdeckung des Diebstahls suchte man sofort nach ihm, fand ihn aber nicht mehr. Alle diese Züge glaubten heute in Drener mit ziemlich großer Bestimmtheit jenen so auffällig gewordenen Herrn wiederzuerkennen. Ein Teil der gestohlenen Juwelen wurde bei Wagdepot und Berliner Wandlerheim, bei denen sie auf die Namen Dagbiter, Jäger und andere verweist waren, wiedergefunden. Einer Berliner Verleherin, bei der sich Drener oft einstellte, erschien er als sehr aufgeregt und nervös.

Vor dem hiesigen Untersuchungsrichter gab Drener die Erklärung ab, es sei möglich, daß er die Juwelen gefunden habe; es sei aber auch möglich, daß er sie im Zuge selbst genommen habe. Er wisse das nicht mehr, weil er sich im Optimumgenuß befunden habe. Auf den Untersuchungsrichter machte Drener nicht den Eindruck eines Konfiden, gefällig zu sein. Er behauptet sich sehr ruhig und selbstbeherrschend. In seinen Aussagen war er sehr klar und verriet ein tadelloses, beneidenswertes Gedächtnis das nur dann zu versagen pflegte, wenn die Untersuchung sich auf unglückliche Momente richtete.

Gegen 8 Uhr abends wurde die Verhandlung abgebrochen und auf morgen vertagt.

Vermischtes.

Massenverhaftungen wegen Brandstiftung. Die etwa 2500 Einwohner zählende Stadt Mroczk in Kreise Wlasyk wurde innerhalb sechs Wochen von nicht weniger als 20 Bränden heimgesucht. Da man vermutete, daß diese Brände auf Brandstiftung zurückzuführen seien, wurde ein Kriminalbeamter aus Polen dahingelant, der sich unter falschem Namen als Versicherungsagent einlogierte und der bei seinen Nachforschungen so erfolgreich war, daß binnen wenigen Tagen sieben angelegene Einwohner unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet werden konnten. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Die Affäre verurteilt in dem Städtchen eine sehr große Aufregung. Offenbar handelt es sich um einen im großen Stile in Szene gesetzten Feuerversicherungsbetrug, durch welchen bis jetzt Hauptverhafteter die Poleser Provinzial-Feuer-Gesellschaft erheblichen Schaden ist.

Bilderbesichtigung. Mittwoch früh durchschritt ein Besucher der Treftsch-Galerie in Moskau das Gemälde „Kriemhild an der Schreckfalle tötet ihren Sohn“ mit einem Meißer an vier Stellen. Wächter ergriffen den Täter und führten ihn in das Zimmer des Galeriedirektors, wo er als 26jährige geisteskrante Sohn des Heiligenbildmalers Wafafschow festgehalten wurde.

Menschen-Pfaffen. In einem Berliner Blatte liest man das folgende Inserat: „Mittag! Zum Füllen eines vornehmen Wein-Restaurants werden elegant gekleidete Paare gegen Vergütung gesucht. Discretion Ehrenlohe. Antwort mit Adresse unter ... Postamt.“ Für „Eleganz“ mit entsprechendem Anhang öffnet sich hier ein fruchtbares Feld nachhafter Veräußerung, zumal das Handwerkszeug des neuen Berufes nur in einer „patentierten Kluft“ besteht.

Beim Spiel mit brennendem Papier umgekommen. Auf einem Wert in Rerendfeld bei Püßeldorf trieben einige junge Leute Ungehöriges, indem sie sich gegenseitig mit brennendem Papier warfen. Dabei wurde ein unbeteiligter Lehrling getroffen. Der übergründete Anzug fing Feuer, und der junge Mann erlitt so schwere Brandwunden, daß er im Krankenhaus, wohin man ihn brachte, gestorben ist.

Letzte Depeschen.

Der zukünftige albanische Staat.

Zur Balkankonferenz.

London, 30. Jan. Wie das Austerliche Bureau erfährt, beschäntzen sich die Politiker bei ihrer gegenseitigen Konferenz allein mit der Frage der Grenzen des zukünftigen autonomen albanischen Staates und mit der durch den Abschluß der Friedensverhandlungen geschaffenen Lage. Die Verhandlungen über die finanziellen Vereinbarungen, die durch die Gebietsabtretungen an die Balkanverbündeten notwendig werden, werden bis zur nächsten Zusammenkunft am Montag vertagt.

Einige Delegierte bleiben in London.

London, 30. Jan. Wie das Austerliche Bureau erfährt, werden von den Mitgliedern der griechischen, serbischen und montenegrinischen Missionen Studas, Wesnich und Popowitsch noch einige Zeit in London bleiben, um mit dem Auswärtigen Amt und dem Balkankonferenz zu verhandeln. Der bulgarische Delegierte Madjaroff wird über die bulgarischen Interessen wachen. Einige Delegierte werden wahrscheinlich noch die am 4. Februar stattfindende Hofcour abwarten. Die anderen geben sich jedoch Sonntag abzureisen. Benizelos wird am Sonnabend nach Paris abreisen und von dort nach Wien, Belgrad und

Saloniki fahren. Der montenegrinische Delegierte Mijalkowitsch wird nach der Hofcour nach Cetinje abreisen.

7 Jahre Zuchthaus für einen englischen Spion.

Leipzig, 30. Jan. In dem Spionageprozeß gegen den Kaufmann, früheren Mechaniker und Monteur Wilhelm Ewald aus Bockenheim bei Frankfurt a. M. wurde der Angeklagte heute nachmittag vom Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Vier Monate der erlittenen Untersuchung wurden ihm in Anrechnung gebracht. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, hatte der Angeklagte sich von der englischen Admiralität als Spion anstellen lassen und derselben sieben Berichte über geheimzuhaltende Gegenstände sowie einige Zeichnungen ausgeliefert.

Rabiate Frauen.

W. Dundee, 30. Jan. Während der Festlichkeit aus Anlaß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt an den Premierminister Asquith wurde er, während er auf die an ihn gerichtete Ansprache erwiderte, andauernd von den Anhängern des Frauenstimmrechts unterbrochen. Als eine Frau Asquith einen Verräter nannte, wurde sie unter großem Lärm hinausgeführt. Um 6 Uhr kam es zu neuen Demonstrationen. Als man die Frauen verhaften wollte, packte sie der Schrecken. Sie ergriffen die Flucht und wollten von einer Galerie aus 20 Fuß tief hinabspringen. Man hielt sie jedoch noch im letzten Augenblicke zurück. Schließlich ließ der Tumult nach und Asquith konnte weiter sprechen.

Konferenz der Schifffahrtsgesellschaften.

Berlin, 30. Jan. Die angeklündete, nach Berlin einberufene Konferenz der am nordatlantischen Verkehr beteiligten Schifffahrtsgesellschaften ist heute abend beendet worden. Die deutschen, britischen, französischen, belgischen, holländischen, russischen, österreichischen und skandinavischen Reedereien waren durch ihre Direktoren vertreten. Eine Einigung mit der Atlantic Pacific Gesellschaft wurde nicht erzielt. Die Gesellschaften beschloßen einstimmig, ihre Verhandlungen auch ohne die Pacificgesellschaft fortzusetzen.

Das Resultat des Hannoverischen Sechstages-Kennens.

Hannover, 30. Jan. Das erste Hannoverische Sechstages-Kennen wurde in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr beendet. Sieger wurden Seidow Lorenz, zweiter Lehmerberger, dritter Ahrendt Ehler, vierter Wegener-Paule, fünfter Bremer-Rudel.

Berlin, 30. Jan. Der Bundesrat überwiegt die Vorlage betreffend dem Entwurf von Bestimmungen für die land- und forstwirtschaftlichen Aufnahmen im Jahre 1913 dem zuständigen Ausschuss. Die Wahl eines höheren Beamten der Reichsverwaltungsdienst für Angelegte wurde vollzogen. Dem Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der deutsch-österreichischen Grenze bei Hammer unterwiesentlich. Weiter wurde zugestimmt.

Berlin, 30. Jan. (Privattelegramm.) Der Arbeiter Lindow, der sich wegen Unterschlagung zu verantwoorden hatte, schickte sich im Moabit Kriminalgericht mit bereit gehaltenem Meißer auf den Vorsteher. Ein Gerichtsdiener und ein Aktuar fielen dem Lindow in den Arm; es kam dabei zu einem heftigen Handgemenge, in dessen Verlauf der Aktuar einen Stich in die Hand erhielt. Der Tobende konnte erst von sechs Gerichtsdienern übermächtig und abgeführt werden.

w. Königsberg, 30. Jan. Heute nachmittag waren vier Arbeiter am Eisenbahnhof, des gegenwärtig niedergelegt wird, mit Abbrucharbeiten beschäftigt, als einer der Arbeiter auf einen unter dem Boden liegenden Sprengkörper stieß. Es erfolgte eine Explosion, durch die alle vier Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Drei von ihnen, die aus der Provinz Polens kamen, wurden ins Krankenhaus gebracht. Der vierte konnte die Unfallstätte ohne Hilfe verlassen. Am dem Aufkommen eines der Arbeiter wird gemeldet.

b. Heiligenstadt, 30. Jan. (Privattelegramm.) Der Kaufmann Hunold, der älteste Bewohner des Eichstedtes, ist 95jährig gestorben.

Madrid, 30. Jan. Die Beisprechung des früheren Ministerpräsidenten Moret fand heute vormittag in Gegenwart des Vertreters des Königs statt. Ferner waren sämtliche Minister, eine Reihe Parlamentarier, Delegationen und andere hervorragende Persönlichkeiten erschienen. Ein zahlreiches Publikum grüßte ehrerbietig den Reichsverweser, der dem Wunsch des Verstorbenen entsprechend sehr einfach war. Der König fand sich vor der Trauerfeier am Sarge ein, um zu beten.

Saag, 30. Jan. Der frühere Kriegsminister und namhafte Schriftsteller aus dem Gebiet des internationalen Seerechtsrechts de Beer Boortugel ist gestorben.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienstliche Zimenau, Donnerstag, 30. Januar.

8 Uhr morgens.

Witterungsaussicht für den 31. Januar:

Während das unser Wetter heute noch bestimmende Hoch langsam schwärzt zieht, ist von Nordwesten her ein eigen. Tief stärker zur Geltung gelangt, auch von Südwesten nähert sich eine Depression, und am Kanal liegt ein Teilzeit. Danach ist Umschlag in wärmeres feuchtes Wetter zu erwarten.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Sich bis Südwest, zunehmende Bewölkung und Ueberegang zu mildem, feuchtem Wetter.

Wetterwarte zu Hamburg.

- 1. Februar: Bewölkt, teils heiter, milde.
- 2. Februar: Tags milder, bewölkt, Stürmchen.
- 3. Februar: Veränderlich, ziemlich milde, windige, Regen.
- 4. Februar: Abwechselnd normal, windig.
- 5. Februar: Wenig verändert, leicht, lebhafter Wind.

Zohanneer Ausbruch bei Jellefeld i. Harz, 30. Jan. Früh 8 Uhr 6 Grad Kälte, Südostwind, bis 10 30 Ztm. Schneehöhe 30 Ztm. und Kandelbahn vorzüglich. Stille, mäßig. Täglich Witterung, abends bei elektrischer Wetterlage.

